

HERDER KORRESPONDENZ

Heft 10 · 44. Jahrgang · Oktober 1990

So wie Gethsemanekirche und Umweltbibliothek jahrelang nur die Vorstufe gewesen sind, so sind auch jetzt unsere eigentlichen Themen nur vertagt. Bis zum Anbruch der Morgendämmerung brauchen wir Geduld, viel Geduld.

Jens Reich

Deutschland, was nun?

Deutschland ist geeint, was wird nun aus Deutschland? Deutschland sei ein schwieriges Vaterland. In tausend Varianten wurde das Wort *Gustav Heinemanns* in den letzten Jahren wiederholt. Geschichtlich selbstverloren in hunderterlei Kleinstaaten, politisch zersplittert, nur kulturell in einer Einheit provinzieller Vielförmigkeit, zusammengeschweißt von Preußens Gloria zur verspäteten Nation, unruhig in seinen Zielen, gefährlich für seine Nachbarn, der Selbstüberschätzung verfallen, dem schlimmsten Diktator des Jahrhunderts auf den Leim gegangen, zweimal Europa und sich selbst ruiniert, auferstanden aus den Trümmern in Blut und Tränen als ein gespaltenes Produkt des kalten Krieges, aufgeteilt in Deutschland Ost und in Deutschland West, in ein Land westlicher Demokratie und in eines kommunistischer Diktatur, in eines der freien Marktwirtschaft und in ein anderes der perfektionierten Planwirtschaft gleichgeschalteter Arbeiter und Bauern: Da nun das alles hinter sich gebracht ist, wird es ein einfacheres Vaterland werden?

Ja, heißt es, man habe die Lehren der Geschichte verstanden und in sich aufgenommen, die nationale Überheblichkeit habe sich gelegt, lockerer geworden sei man nach Temperament und Lebensart im Westen jedenfalls, gleicher den europäischen Nachbarn (*Hans Maier*). Und überdies vierzig Jahre bundesrepublikanischer Demokratie unter der Herrschaft des Grundgesetzes seien eine solide Grundlage für ein Zusammenleben auch in einem gesamtdeutschen Staat. Keine Unruhe und keine Bedrohung mehr werde vom neu geeinten Deutschland ausgehen. Selbst der am 12. September unterzeichnete Vertrag zum Abschluß der Zwei-plus-vier-Gespräche gibt zu Protokoll und bekräftigt in Art 2, „daß vom deutschen Boden nur Frieden ausgehen wird“. Und: Europäisch schon sei das neue Deutschland geworden durch die Integration in den Westen; so sehr, daß die Einigung kein Akt nationaler Verselbständigung mehr sei, sondern Ermöglichung und

Triebfeder einer neuen europäischen politischen Union. Und in der Tat: Deutschland erhält faktisch am 3. Oktober und dann mit dem endgültigen Erlöschen der alliierten Vorbehaltsrechte seine Souveränität voll zurück, hat aber – wie die anderen EG-Staaten auch – Teilrechte seiner Souveränität an die Europäische Gemeinschaft abgegeben. Insofern ist nationale Souveränität nur noch ein relativer Begriff. Die überstaatliche Einbindung schreitet fort, ohne daß Souveränitätsgewinn und Souveränitätsverzicht synchron verliefen.

Wirtschaftlich war die schnelle Vereinigung das Ökonomischste

Wird es wirklich einfach werden: nach innen und nach außen? Zunächst: Der Einigungsprozeß ist schnell, sehr schnell, ja geradezu atemberaubend vor sich gegangen. Deutschland solle nicht zusammenwuchern, sondern zusammenwachsen, rief *Richard von Weizsäcker* den Deutschen in Ost und West zu, als das letzte SED-Regime von Demonstranten in Berlin und Sachsen und dann bald überall und von Botschafts- und Urlauberübersiedlern aus Ungarn und der ČSFR in die Enge getrieben und vom kommunistischen Reformier Gorbatschow desavouiert in Berlin die Mauer und an Elbe und Werra die Grenzen öffnete. Zusammengewuchert? Nein, zusammengestoßen wurden die Deutschen in dem einen kurzen Jahr zwischen den DDR-Friedensdemonstrationen und dem neuen deutschen „Tag der Einheit“ am 3. Oktober. Zum Zusammenwachsen war keine Zeit. Der Zug zur Einheit, er wurde, als er einmal im Rollen war, nicht nur zum Selbstläufer, sondern in ständig sich beschleunigendem Tempo zum *Zwang der Einigung in kürzester Zeit*. Deutschlands Einigung 1990 wurde zum Naturereignis, kaum noch zu beeinflussen, nur noch notdürftig gegen den vorzeitigen Zusammenbruch in der DDR zu steuern.

Glückliches Deutschland, möchte man sagen, auch glückliche bisherige DDR. Welch anderer osteuropäischer Staat, der auf gleiche oder ähnliche Weise unter kommunistischer Obrigkeit gelitten hat, erhält eine solche Chance, kann jetzt unter vergleichbar günstigen Bedingungen die Umwandlung von einem totalitären in ein demokratisches, von einem zwangswirtschaftlichen in ein marktwirtschaftliches System wagen – mit der reichen, wirtschaftlich blühenden, politisch und staatlich konsolidierten Bundesrepublik als Hintergrund und mit ihr in einem gesamtdeutschen Staat. Und das alles begleitet von einer langen Phase der Hochkonjunktur im westlichen Deutschland und als integrierter Teil einer florierenden Europäischen Gemeinschaft mit ihrer Wirtschaftskraft! Was kann da trotz der Umstellungsschwierigkeiten, die über vierzig Jahre Obrigkeitsstaat und Planwirtschaft verursacht haben, letztlich schon schiefgehen? Für alle anderen, die Ungarn, die Tschechen, selbst die Jugoslawen und vor allem für Polen und die Sowjetunion selbst wird der „Umstieg“, selbst wo er gelingt, sehr viel länger dauern und kräftezehrender sein.

Die Vermutung oder die Sorge, gerade der Umstellungsprozeß könnte in der DDR jedenfalls mittelfristig so gründlich mißlingen, daß dort soziale Unruhen ausbrechen und zum Schluß sich gar Gesamtdeutschland in einer krisengeschüttelten Landschaft wiederfinden würde, niemals sprach wirklich etwas dafür. Die *Lafontaineschen Katastrophenszenarios* waren nie mehr als ein billiges Mittel, bundesrepublikanischen Wohlstandschauvinisten Ängste wegen möglicher Solidaritätsleistungen einzujagen. Wirklich begründet waren sie nie, sondern ungefähr das Gegenteil, was Parteistrategen in einem Wahljahr für hüten wie drüben eingefallen ist. *Willy Brandt* hat seinem saarländischen „Enkel“ denn auch das Notwendige dazu gesagt. Zwar verlieren viele ihre angestammten Arbeitsplätze, die nach der Kosten-Nutzen-Rechnung keine waren. Zwar wird es dauern, bis die Wasserköpfe im öffentlichen Dienst und in den Wirtschaftsverwaltungen abgebaut und die bisher dort Beschäftigten – Umschulung und gesteigerte Mobilitätsbereitschaft vorausgesetzt – auf produktivere Weise zu Arbeit und Brot finden. Und noch etwas länger wird es dauern, bis sich das Produktivitätsniveau und damit der Einkommensstandard der Erwerbstätigen wie der Gesamtbevölkerungsstandard in den fünf Bundesländern der bisherigen DDR an das der Bundesrepublik angeglichen hat. Aber die Gefahr eines „Mezzogiorno“ im nordöstlichen Teil Deutschlands, gar mit als Folge eines abrupten Wechsels in die Marktwirtschaft, besteht nicht. Zusätzlich akzentuiert wird höchstens noch das schon in der Bundesrepublik bestehende Süd-Nord-Gefälle. Wirtschaftlich gesehen war der frühe, rasche, überraschende Beitritt wirklich ökonomisch: für beide Teile, für Ost und West, für Gesamtdeutschland.

Aber sonst? Wird es wirklich einfacher nach innen und nach außen, nach der raschen und insgesamt *leicht gemachten Einigung*? Nach außen: Fast lautlos nach noch

unsicherem Auftakt ist es zugegangen in den *Zwei-plus-vier-Verhandlungen* zur Regelung der „äußeren“ Aspekte der deutschen Einigung. Selbst das leidige Thema *Oder-Neiße-Grenze*, das außen- und innenpolitisch bis zuletzt Staub aufwirbelte und im Ergebnis der Zwei-plus-vier-Gespräche einen noch kräftigen Niederschlag gefunden hat, erledigte sich schon mit der Gemeinsamen Erklärung von Bundestag und Volkskammer fast von selbst. Die *Organklage* des letzten Häufleins Aufrechter unter den Vertriebenen *beim Bundesverfassungsgericht* zu den betreffenden Teilen des deutschen Einigungsvertrages konnte weder die deutsche Einheit aufschieben noch das deutsch-polnische Verhältnis nennenswert belasten. Und nachdem die Sowjetunion bei den Gesprächen Gorbatschow-Kohl in Schelesnowodsk auch noch ohne unannehmbare Bedingungen der Nato-Integration Gesamtdeutschlands zugestimmt hatte, wurde politisch trotz bis zuletzt schwieriger Detailverhandlungen fast nur noch auf die Fristen gesehen, auf daß bis zu dem immer weiter nach vorne verlegten Beitrittstermin noch alles seinen Abschluß finde. Daß alle strittigen Punkte, z. B. der über den Abzug der sowjetischen Truppen und ihre direkten und indirekten Kosten gelöst würden, stand schon gar nicht mehr in Frage. Wer sollte auch noch ein Interesse daran haben, die deutsche Vereinigung hinauszuschieben, nachdem sie unabwendbar geworden war? Nachdem die Sowjetunion ihr Verhältnis zum Westen grundlegend geändert hatte, mußte gerade sie an einem starken, politisch befriedeten und wirtschaftlich leistungsfähigen Partner interessiert sein.

Mißtrauen vor deutscher Überwältigung wird bleiben

Glückliches Deutschland, könnte man also auch da sagen. Die Einheit kann friedlich und, wie die Bundesregierung, voran ihr Kanzler, nicht müde wird zu sagen, „mit Zustimmung aller europäischen Nachbarn“ vollzogen werden. Aber man erinnert sich da auch noch der Gespräche *François Mitterrands* mit Polen, mit der Sowjetunion, auch noch mit der DDR, als der Ruf nach einem gesamtdeutschen Staat laut wurde. Daß Frankreich, Großbritannien und auch Italien oder gar Polen, auch wenn sie sie mittragen, die deutsche Vereinigung lautstark begrüßen oder ihr auch bedenken- und angstfrei zustimmen, wird man nicht sagen können. Selbst wer in Rechnung stellt, daß die Vorbehalte gegen ein überstarkes Deutschland in der Bevölkerung geringer sind als in der politischen Führungsgarnitur dieser und der kleineren europäischen Länder, behält da seine Zweifel.

Da gibt es nicht nur altes Mißtrauen vor deutscher Überwältigung. Zu denken gibt auch aktuell Gegenwärtiges: Die europäische Achse verschiebt sich mit der Auflösung des Ostblocks und Deutschlands Einigung vom Westen zur Mitte, England und Frankreich geraten europäisch in eine Randlage. Da helfen alle bilateralen Sonderbindungen und Freundschaften nicht viel. Deutschland aber

nicht nur als stärkste Wirtschaftsmacht, sondern auch als erste politische Kraft in Europa, das wirft trotz europäischer Einbindung Deutschlands und wie immer das künftige Europa gesamt- und regionaleuropäisch aussieht, Probleme auf. Den abrupt verkürzten deutschen Einigungsprozeß als Teil der europäischen Einigung zu deklarieren, ist leicht. Die deutsche Einheit *als Ergebnis europäischer Einigung* wäre europaverträglicher. Als Motor der Einigung wird von Deutschland ein Ausmaß an politischem Augenmaß erwartet, das gerade Deutschen nicht zugetraut wird. Mißtrauen bei den Nachbarn wird also bleiben.

Und nach innen? Natürlich kommen im dritten gesamtdeutschen Staat keine Fremden zusammen, die bisher auf verschiedenen Planeten gelebt haben. Die gemeinsame Geschichte hat auch die „sozialistische Nation“ der Ulbrichts und Honeckers nicht ausradieren können, die am allerwenigsten. Die kulturelle Nähe ist geblieben, und die Spaltung überdauert haben nicht zuletzt die unzähligen verwandtschaftlichen Bindungen. Aber Zeit zum Zusammenwachsen brauchen die Deutschen in West und Ost, in Ost und West schon. Sie konnten sie nicht bekommen in der Zeit zwischen politischem Systemwechsel und Währungsunion; sie werden sie jetzt nach dem gesamtdeutschen Zusammenschluß um so mehr brauchen.

Ganz einfach wird es auch innerdeutsch nicht werden

Gemeinsame Geschichte und Sprache und Bindungen im Privaten führen gewiß zusammen. Aber über vierzig Jahre Leben in gegensätzlichen Systemen und unter sehr verschiedenartigen Bedingungen schaffen auch unterschiedliche Verhaltensweisen, Lebensstile, „Identitäten“. Gekannt hat man sich in der Breite der Bevölkerung zur Zeit von Mauern und Stacheldraht wenig oder kaum. Um so unbedenklicher haben sich hüben und drüben *Vorurteile* festgesetzt. Mit denen wird jetzt aufeinander losgegangen. Angesichts manch geradezu proletenhaft ausgelebter Überheblichkeit „derer im Westen“ wirkt selbst der am ungeniertesten vorgetragene Anspruch „derer im Osten“ in deren eigenen Augen noch wie Bescheidenheit. Unbeweglichkeit, Trägheit, Versorgungsdenken, wie oft ist es gegenwärtig aus „westlichem“ Munde gegenüber Ostdeutschen zu hören, obwohl es alles in allem nur Hilflosigkeit ist bei den ersten Versuchen im Umgang mit marktwirtschaftlichen Bedingungen.

Im übrigen blühen Vorurteile gerade dort, wo man einander mehr gleicht, als zugegeben wird. *Versorgungsdenken* z. B. grassiert im wenigstens organisatorisch perfektionierten Sozialstaat Bundesrepublik nicht minder als es im Obrigkeitsstaat DDR „Pflicht“ war, wenn es sich in der Bundesrepublik auch anders äußert und auf anders zugeschnittene Gruppen anders verteilt ist. Daß sich Deutsche mit Deutschen noch lange nicht leicht tun werden, hat sich gerade während des forcierten Einigungstempos gezeigt, nicht nur im rüden öffentlichen Umgang unter Poli-

tikern, sondern auch dort, wo die menschlichen Voraussetzungen für Verständnis und Rücksichtnahme eigentlich günstiger sein sollten: im kirchlichen Bereich. Beredt klagte dieser Tage ein Prälat aus dem Thüringischen: Die im Westen hatten uns doch die ganze Zeit so sehr und – wie es schien – selbstlos geholfen, und jetzt glauben sie, nur sie allein wüßten, was für uns richtig zu sein hat. Glückliches Deutschland, könnte man allerdings auch da nochmals sagen. Durch seine *föderale Struktur* – sie bedarf im Gegenzug zur nationalen Einigung weiterer Stärkung – wird manches „Anstößige“ zwischen Deutschland Ost und Deutschland West regional zwar nicht aufgelöst, aber durch die anstelle der alten DDR wiedererstandenen Bundesländer doch abgefedert.

Dennoch: auch nach innen wird die Verständigung im vereinten Deutschland nicht einfach sein. Und daß die Aufarbeitung der psychischen und moralischen Folgen von faktisch 57 Jahren Diktatur ihre Zeit braucht, versteht sich von selbst. Dabei täten „Westler“ gut daran, den beklagten Werteverlust, wenn er denn zu beklagen ist, nicht schlicht denen im Osten zuzuschieben. Einen neuen, bundesrepublikanisch begründeten Unschuldswahn, das wäre das letzte, was Gesamtdeutschland brauchen kann.

Aber dies ist vermutlich nur der kleinere, wenn auch besonders delikate Teil denkbarer politisch-atmosphärischer Entwicklungen im künftigen Gesamtdeutschland. Das Tempo der Vereinigung und der Weg über den Art 23 GG haben es mit sich gebracht, daß der Ruf nach größeren *Verfassungsveränderungen* erstaunlich leise geblieben ist. Neue Verfassungsziele kamen nicht zum Zuge. Entsprechende DDR-Entwürfe hatten gesamtdeutsch von vornherein keine Chance, und von bundesrepublikanischer Seite war von großer Lust nach neuen Verfassungsdebatten wenig zu spüren. Über die Forderung nach einem Verfassungsreferendum nach erfolgter Teilveränderung (Ausbau des Sozialstaatsprinzips, Elemente direkter Demokratie) will gegenwärtig – von manchen Grünen abgesehen – offenbar niemand hinaus. Die sonst lauten Kämpfer für sozialstaatliche und „volksdemokratische“ Korrekturen haben die Gelegenheit, dem Heusschen „Transitorium“ an den Leib zu rücken, nicht genutzt.

Auch das in der Verfassung verankerte spezifisch deutsche *Staat-Kirche-Verhältnis* ist nicht neu in die Diskussion gekommen. Wo entsprechende Forderungen gestellt wurden, sind die Bataillone gegenwärtig offenbar zu klein, um sich Gehör zu verschaffen. Weder wird nennenswert nach der Abschaffung der Kirchensteuer gerufen, noch aus dem Anlaß der Vereinigung die Rückstufung der Kirchen ins Privatrecht verlangt. Wieder einmal stehen die Kirchen dank Kerzen- und Friedensdemonstrationsrevolution und als die Anfechtung durch ein diktatorisches System überdauernde gesellschaftliche Größen in zu hohem Ansehen – im Osten, nicht im Westen –, als daß man ihnen zu nahe treten möchte. Auch die ihnen fernstehenden Kräfte sehen gegenwärtig wenig Grund, ihren Einfluß zu beschneiden, bescheiden bleibt er trotz des Scheins ohnehin.

Aber das könnte sich wie auch die Ruhe an der Verfassungsfront generell bald ändern. Der Artikel 146 bleibt bestehen. Er bietet die Handhabe für abgewandelte Verfassungskonzeptionen. Es steht zu vermuten, daß sich aus Deutschland Ost und Deutschland West früher oder später zu den Grundlagen des Grundgesetzes *Wahlverwandtschaften* bilden, die auf größere Veränderungen abzielen. Die Kirchen werden dann kaum verschont bleiben. Allgemein wird sich dann zeigen, wieweit der Verfassungskonsens nicht nur in bezug auf sie, sondern z. B. in der Zustimmung zur repräsentativen Demokratie in strenger Form, wie sie als Gegenbild nicht nur zum Dritten Reich, sondern zur Weimarer Republik im Grundgesetz formuliert ist, reicht.

Solidarische und offene Gesellschaft gegen nationalistische Versuchungen

Und das hohe Lied auf die *Marktwirtschaft*, wie es gegenwärtig gesungen wird? Es wird verklungen sein, noch ehe der Übergang zu ihr voll gelungen ist. Möglicherweise wird es nur durch ihre geradezu unmögliche Verwirklichung in der nachleninistischen Sowjetunion bei uns etwas verlängert. In gesamtdeutscher Normalität wird als Gegenreaktion utopisches Denken neu aufblühen. Deutsche haben dafür ein besonderes Talent, inzwischen allerdings auch reichlich Erfahrung damit. Der Sieg der Realität über die Idee hat hierzulande selten befriedigt. Insoweit bleibt auch der Sozialismus begehrt. Für das Soziale an der Marktwirtschaft fehlt vielen der Glaube und manchen die Einsicht.

Nochmals: das und so manche wohlfeile Defizitzuweisung, wie sie in den letzten Wochen und Monaten häufig zu beobachten waren, lassen ahnen, daß es so ganz einfach im gemeinsamen deutschen Staat nicht werden wird. Zumal auch taugliche und untaugliche – vermutlich mehr untaugliche als taugliche – *Formen der „Bewältigung“ alter und neuer Vergangenheit*, sich bald Raum schaffen dürften. Die Stasivergangenheit, aber nicht nur sie, wird gewiß auch noch zum gesamtdeutschen Problemfall werden.

Aber was heißt im Vollzug der Einigung schon einfacher oder schwieriger? Zunächst gilt es, sich schlicht bewußt zu machen, daß Deutschland *etwas anderes wird*, nicht nur politisch, sondern *gesellschaftlich*. Der neue gesamtdeutsche Staat kann weder einfach die um die bisherige DDR vergrößerte Fortsetzung der Bundesrepublik sein noch schlicht die Fortschreibung der DDR unter demokratisch-marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Wie sich das im einzelnen gestaltet, wird erst nach einer längeren Zeit gesamtdeutscher Normalisierung erkennbar sein.

Ankommen wird es *gesellschaftlich* vor allem auf zwei Entwicklungslinien. Zunächst wird sich viel entscheiden am Maß von *Solidarbereitschaft* in der Bevölkerung Gesamtdeutschlands, und zwar nicht nur im Verhältnis der Menschen in den bisher getrennten Teilen zueinander,

sondern von Solidarbereitschaft überhaupt: der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, der Generationen und Geschlechter unter- und zwischeneinander, der Bevölkerung insgesamt. Die bisherige Bundesrepublik verfügt über starke demokratische, rechtsstaatliche und soziale Institutionen. Aber so wichtig sie sind, sie stärken die Solidarbereitschaft nicht, wenn die Regelung aller Probleme, die Abdeckung auch aller persönlichen Risiken von ihnen erwartet wird, und die Hilfsbedürftigen schlicht ihnen überlassen werden. Auch diesbezüglich sind die Verhältnisse in Ost und West im übrigen so unterschiedlich nicht. Die der DDR-Bevölkerung nachgerühmte größere Hilfsbereitschaft entsprang zu einem guten Teil den notwendigen Tauschgeschäften zur Deckung des täglichen Bedarfs in einer Mangelgesellschaft. Dem Zusammenbruch des Systems ist ziemlich rasch Entsolidarisierung gefolgt. Von der Solidarbereitschaft aber hängt die humane Qualität eines Gemeinwesens und damit letztlich der innere Friede ab.

Und der äußere Friede? Nochmals: Allseits wird beteuert, man habe die Lektionen, die einem erteilt wurden durch Diktatur und Krieg, verstanden. Von nationalistischen Versuchungen sei man geheilt. Und gegen das Überbordende nationalstaatlichen Denkens helfe die europäische Integration und der damit verbundene Souveränitätsverzicht. Richtig! Nur wirken solche Lehren nirgends von selbst. Wir wissen nicht, wie stark nationales Denken gemischt mit alter Überheblichkeit sich neu entwickeln kann. Die europäische Integration ist institutionell ein Gegengewicht dazu. Aber mental?

Gelingt der Test?

Da kommt es wohl vor allem auf eine zweite Entwicklungslinie an: auf die Weiterentwicklung des gesamtdeutschen Gemeinwesens zu einer offenen Gesellschaft. Nicht multikulturelle Gesellschaft wohlgemerkt, die ist noch weit, sondern *offene Gesellschaft*, die Fremdes und Fremde in sich aufzunehmen bereit ist und mit ihnen zu leben versteht. Trotz der Parole vom „europäischen Deutschland“ lebte der deutsche Durchschnittsbürger auch in der Bundesrepublik, und – nicht nur durch die Verhältnisse erzwungen – in der DDR – ziemlich deutsch – für sich. Und trotz aller Beschwörungen, der alte Nationalstaat werde nicht wieder erstehen, darf auch nicht vergessen werden, daß der neue gesamtdeutsche Staat mitten in Europa einer der „nationalsten“ sein wird. Außer den wenigen Dänen rings um Flensburg und den nicht zahlreichen Sorben in der Lausitz wird es keine völkischen Minderheiten geben. Mit Aussiedlern und Ausländern umzugehen verstehen und auch beim Asylantenproblem – angesichts der deutschen Wirtschaftskraft und des rückläufigen Bevölkerungswachstums – nicht den Kopf zu verlieren, dies dürfte bald zum Testfall mentaler Offenheit von Bevölkerung und politischer Führung im gesamtdeutschen Gemeinwesen werden. Gelingt dieser scheinbar einfache Test, wird das auch auf die europäischen Nachbarn beruhigend wirken.

David Seeber